

FORUM

Aktuelles aus der dbb frauenvertretung Hessen

Ausgabe August 2007

„Nur der Erfolg erweckt den Neid,
nicht der Weg dorthin,
denn der ist lang und schwer und weit,
deshalb will ihn nicht jeder zieh'n.“

Hannelinde Hans.
Lyrikerin

- **Allgemeines Gleichbehandlungsgesetz – Ein Jahr danach**
- **Elterngeld erfüllt aller Erwartungen**
- **Was Beschäftigte in Deutschland belastet**

Allgemeines Gleichbehandlungsgesetz – Ein Jahr danach

Das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG), das Benachteiligungen aus Gründen der Rasse, der ethnischen Herkunft, des Geschlechtes, der Religion, der Weltanschauung, einer Behinderung, des Alters oder der sexuellen Identität verhindern soll, wird ein Jahr nach seinem Inkrafttreten von den deutschen Unternehmen überwiegend kritisch bewertet.

Zwar ist die insbesondere von der Wirtschaft zunächst befürchtete Klagewelle gegen Unternehmen bislang ausgeblieben. Gleichwohl hat das Gesetz für viele Betriebe nach deren eigener Einschätzung eine höhere Bürokratiebelastung und eine deutliche Beschwerne in Personalfragen gebracht. Zu diesem Ergebnis kam eine im Auftrag der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft von der Universität Dortmund vorgestellte empirische Erhebung zu den Gesetzesfolgekosten aus dem AGG. Anlässlich der heutigen Präsentation dieser Erhebung fordert der Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesminister für Wirtschaft und Technologie und gleichzeitige Beauftragte der Bundesregierung für den Mittelstand, Hartmut Schauerte, sich verstärkt mit den Folgen des Gesetzes insbesondere für die kleinen und mittleren Unternehmen auseinander zu setzen: "Die Bundesregierung ist angetreten, die Wirtschaft von unnötigen Bürokratiekosten zu entlasten und den wirtschaftlichen Aufschwung nachhaltig zu sichern. Wir können deshalb nicht zur Tagesordnung übergehen, wenn ausweislich der heute vorgelegten Erhebung ein Jahr nach dem Inkrafttreten des AGG fünf von sechs Unternehmen in Deutschland mit dem Gesetz im Wesentlichen zusätzliche Bürokratie verbinden, und fast die gleiche Anzahl das Gesetz sogar als insgesamt überflüssig bewertet."

Schauerte begrüßt ausdrücklich, dass nunmehr ein koordinierter Dialog mit der Wirtschaft zum AGG initiiert werden soll, um Probleme zu erkennen und zu verringern. "Ich werde darauf drängen, dass dieser Dialog unter Beteiligung des für Mittelstandsfragen zuständigen Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie stattfindet. Ziel sollte es sein, das AGG, wenn es sich nachweislich als ineffizient und unnötig Kosten treibend für die Wirtschaft darstellt, auch wieder zu ändern.

Quelle: Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie, Pressemeldung vom 15.08.2007

Der aktuelle Gesetzestext kann im Internet unter www.gesetze-im-internet.de heruntergeladen werden

Elterngeld erfüllt alle Erwartungen

"Fast jede Familie in Deutschland, die in den ersten Monaten dieses Jahres ein Kind bekommen hat, beantragt das Elterngeld. Damit wurden unsere Erwartungen zum Elterngeld voll erfüllt." Dieses positive Fazit zur ersten Halbjahresstatistik nach Einführung des Elterngeldes am 1. Januar 2007 zieht Bundesfamilienministerin Ursula von der Leyen. Vom ersten zum zweiten Quartal hat sich die Zahl der Anträge von zunächst 60.000 auf 140.000 pro Quartal mehr als verdoppelt.

"Im ersten Halbjahr wurden insgesamt 200.000 Elterngeldanträge bewilligt, das ist eine hohe Zahl - vor allem wenn wir wissen, dass das Elterngeld typischerweise erst ein, zwei Monate nach der Geburt beantragt wird. Wir haben in der Auswertung also die Kinder, die bis einschließlich April geboren wurden", so die Ministerin.

"Ich freue mich vor allem darüber, dass das Elterngeld auch für die Väter attraktiv ist. Die Väter in Berlin (11,1 Prozent) und Brandenburg (10 Prozent) sind die Vorreiter", so die Ministerin. "Die aktuellen Zahlen belegen deutlich, dass immer mehr junge Paare die Kindererziehung und die Verantwortung für den Einkommenserwerb teilen wollen. Im vergangenen Jahr haben nur 3,5 Prozent der Väter Elternzeit genommen, heute sind es im Bundesdurchschnitt bereits 8,5 Prozent", erklärt von der Leyen. "Diese Werte passen zum Ergebnis einer ganz aktuellen repräsentativen Befragung vom Institut Demoskopie Allensbach von Anfang August, die wir heute erhalten haben: 71 Prozent der Bevölkerung bewerten das Elterngeld als positiv", so die Bundesministerin.

Die Antragszahl von 200.000 bestätigt auch die Ergebnisse einer repräsentativen Befragung der elterngeldberechtigten Väter und Mütter durch das Institut Demoskopie Allensbach im Juni 2007. 92 Prozent der Mütter und 30 Prozent der Väter wollten die Leistung beantragen. Die Eltern beantragen innerhalb von vier Wochen das Elterngeld, der Bescheid folgt dann in der Regel innerhalb von 4 bis 6 Wochen. Das Bearbeiten der Anträge erfolgt fast in allen Fällen sehr zügig. Nur sieben der Befragten berichteten über Bearbeitungszeiten von mehr als 8 Wochen. Mehr als zwei Drittel der Eltern mit einem beschiedenen Antrag empfanden die Bearbeitung als schnell.

Diese Befragung des Instituts Demoskopie Allensbach im Auftrag des Bundesfamilienministeriums ist der erste Teil einer mehrteiligen Evaluierung des Elterngeldes, die bis 2009 Wirkung und Wirksamkeit des Elterngeldes umfassend untersucht.

Quelle: Pressemeldung des Bundesfamilienministeriums vom 15.08.2007

Was Beschäftigte in Deutschland belastet

Jeder zehnte Beschäftigte in Deutschland beurteilt seinen Gesundheitszustand als weniger gut oder schlecht. Dies ist ein Ergebnis der fünften Erwerbstätigenbefragung durch die Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin (BAuA) und das Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB). Die repräsentative Befragung von 20.000 Beschäftigten liefert aktuelle Daten über die Arbeitsbedingungen in Deutschland. Die BAuA wertete die Daten hinsichtlich Belastungen und Beanspruchungen der Beschäftigten sowie deren Gesundheitszustand aus. Als Trend zeichnet sich eine zunehmende Flexibilisierung der Arbeitszeiten ab. Mangelnde Unterstützung durch Vorgesetzte und Kollegen, fehlende Informationen, Termin- und Zeitdruck belasten Betroffene stark. Arbeit im Stehen, Zwangshaltungen sowie das Heben und Tragen schwerer Lasten gehen auf die Knochen. Entsprechend führen Schmerzen im Nacken, Rücken und an den Schultern gemeinsam mit allgemeinen Erschöpfungszuständen die Liste der gesundheitlichen Beschwerden an. Insgesamt geben die Beschäftigten jedoch eine hohe Arbeitszufriedenheit an.

Die Daten zeichnen eine Momentaufnahme der deutschen Arbeitswelt, aus der sich Handlungsfelder für den betrieblichen Arbeits- und Gesundheitsschutz ableiten lassen. Da wirtschaftliche Aspekte einen Einfluss auf die wahrgenommene Qualität der Arbeit haben, wurden auch Fragen zu Einkommen und Sicherheit des Arbeitsplatzes gestellt. So plagt jeden achten Befragten große Angst vor dem Jobverlust. Demgegenüber beurteilt jedoch nur mehr als die Hälfte (55%) die wirtschaftliche Lage ihres Betriebs als gut und sehr gut.

Die Beschäftigten arbeiten länger als vereinbart. 61 Prozent leisten mehr als vierzig Wochenstunden ab, obwohl nur etwa ein Drittel (35,4 %) Arbeitsverträge mit diesen Wochenarbeitszeiten hat. Viele Beschäftigte gehen zudem Nebentätigkeiten nach, sodass etwa jeder Fünfte (21,4 %) über 48 Stunden in der Woche erwerbstätig ist. In Schichtarbeit arbeitet zumindest gelegentlich jeder vierte Beschäftigte. An Wochenenden fällt mindestens gelegentlich für 70 Prozent der Samstag und für 40 Prozent der Sonntag als Ruhetag aus. Etwa jeder Fünfte kennt Nachtarbeit aus eigener Erfahrung. Der Anteil der Erwerbstätigen, die Bereitschaftsdienst leisten, liegt ähnlich hoch.

Hinsichtlich körperlicher Belastungen und der Umgebungsbedingungen nennen die Befragten Arbeiten im Sitzen (53,4 %) oder Stehen (56,4 %) am häufigsten. Jedoch fühlt sich nur jeder fünfte Betroffene durch Sitzen beziehungsweise jeder Vierte durch Stehen belastet. Bedingungen wie das Heben und Tragen schwerer Lasten, Lärm sowie Kälte oder Nässe finden mehr als 20 Prozent an ihrem Arbeitsplatz vor. Die beiden letztgenannten verzeichnen seit der letzten Befragung 1998/99 einen Anstieg. Diese Faktoren empfinden über die Hälfte der Betroffenen als belastend. Obwohl Zwangshaltung (14,3 %) schlechte Lichtverhältnisse (9,3 %) sowie Erschütterungen und Schwingungen (4,6 %) seltener auftreten, erreichen sie ähnlich hohe Werte hinsichtlich der empfundenen Belastung.

Der Großteil der Befragten ist den beruflichen Anforderungen gewachsen. Angesichts seiner Qualifikation fühlt sich jedoch fast jeder Siebte unterfordert, angesichts des Arbeitspensums fast jeder Sechste überfordert. Mehr als die Hälfte der Befragten (53,5 %) ist Termin- und Leistungsdruck ausgesetzt, fast 60 Prozent der Betroffenen empfinden ihn als belastend. Ähnlich verhält es sich mit Störungen bei der Arbeit. Ebenso führen vorgegebene Mindestleistungen sowie schnelles Arbeiten zu hohen Belastungsquoten. Bei mehr als der

Hälfte der Befragten wiederholt sich der Arbeitsgang häufig in allen Einzelheiten, fast 60 Prozent müssen oft mehrere Vorgänge im Auge haben. Jedoch nur jeder siebte beziehungsweise jeder vierte Befragte empfindet das als belastend.

Etwa drei von vier Befragten leiden darunter, wenn ihnen eine Entscheidung zu spät mitgeteilt wird oder wenn ihnen alle notwendigen Informationen fehlen. Ersteres widerfährt jedem Achten (12,9 %), letzteres immerhin jedem Zwölften (8,0 %) häufig. Zwar bezeichnen über 80 Prozent der an der Befragung Teilnehmenden die Zusammenarbeit mit den Kollegen häufig als gut, nötige Unterstützung erhalten jedoch nur knapp 70 Prozent häufig. Nur auf jeden zweiten Chef ist immer Verlass, wenn seine Mitarbeiter Unterstützung benötigen. Mangelnde Unterstützung durch Kollegen (6,1 %) und Vorgesetzte (16,1 %) kommt zwar seltener vor, führt jedoch zu hohen Belastungsquoten.

Nur jeder dritte Betrieb bot in den vergangenen zwei Jahren Maßnahmen der Gesundheitsförderung an. Bestehende Angebote nutzen zwei von drei Befragten. Hingegen konnte nur etwa jeder Vierte die Frage bejahen, ob eine Gefährdungsbeurteilung an seinem Arbeitsplatz durchgeführt wurde. 60 Prozent antworteten mit Nein, 14 Prozent waren sich nicht sicher.

Alle Ergebnisse und weitere Informationen befinden sich unter der Adresse www.baua.de/arbeitsbedingungen auf der BAuA-Homepage. Darüber hinaus wertet die BAuA das Datenmaterial hinsichtlich verschiedener Berufe und Branchen weiter aus.

Bei der BIBB/BAuA-Erwerbstätigenbefragung 2006 handelt es sich um eine repräsentative Erhebung unter 20.000 Erwerbstätigen in Deutschland. Durch sie werden differenzierte Informationen über ausgeübte Tätigkeiten, berufliche Anforderungen, Arbeitsbedingungen und -belastungen, den Bildungsverlauf der Erwerbstätigen sowie über die Verwertung beruflicher Qualifikationen gewonnen. Die letzte Befragung fand 1998/99 statt.

Quelle: Pressemeldung 48/07 der Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin

Impressum

dbb Frauenvertretung Hessen

Tel.: 0 61 52 / 5 93 99

Helene-Stöcker-Str. 12, 64 521 Groß-Gerau

Fax: 0 61 52 / 9 41 91 20

Internet: www.dbb-frauen-hessen.de

Verantwortlich (V.i.S.d.P.): Ute Wiegand-Fleischhacker

E-Mail: vorsitzende@dbb-frauen-hessen.de